

Englisch erst ab der Oberstufe

Mit einem Kompromiss will der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid den Sprachenfrieden retten.

Kari Kälin

Der Kanton Zürich gibt in der Bildungspolitik den Takt vor. Eine einschneidende Neuerung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und -direktorinnen (EDK) geht auf «Reformturbo» Ernst Buschor zurück: die 2004 beschlossene Sprachenstrategie. Sie legt fest, dass an der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Der vor zwei Jahren verstorbene ehemalige Bildungsdirektor Buschor schwor auf das Motto «je früher, desto besser».

Jetzt sendet Zürich schon wieder ein Signal aus, das die helvetische Bildungslandschaft umpfügen könnte – allerdings nicht im Sinne Buschors: Der Kantonsrat kippte Anfang September das Frühfranzösisch aus dem Stundenplan. In zahlreichen anderen Kantonen sind ähnliche Vorstösse hängig.

Der Entscheid provoziert in der Romandie Unmut. Christophe Darbellay (Mitte), der aktuelle EDK-Präsident und Walliser Bildungsdirektor, sieht den nationalen Zusammenhalt und die Willensnation Schweiz in Gefahr. Elisabeth Baume-Schneider sprach in einem Interview mit der «Sonntags-Zeitung» von einem «Affront». Die SP-Magistratin, zuständig für die Sprachenpolitik auf eidgenössischer Ebene, wird das

Thema noch in diesem Monat an einer Bundesratssitzung traktandieren. Sie droht mit einem Machtwort: Wenn die Deutschschweizer Kantone beginnen, den Französischunterricht an der Primarschule abzuschaffen, schreitet der Bund ein und befiehlt ihn.

Die Kantone machen, was sie wollen

Politisch sind die Fronten verhärtet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Deutschschweizer Kantone trotz der angestrebten Harmonisierung machen, was sie wollen. Jene an der Grenze zur Westschweiz setzen ab der 3. Klasse auf Französisch, die anderen starten damit erst ab der 5. Klasse und beginnen mit Englisch. Hingegen lernen die Kinder in allen Westschweizer Kantonen ab der 3. Klasse Deutsch.

Wie kann man den gordischen Knoten durchschlagen, ohne dass sich der Bundesrat in die Belange der Volksschule einmischt, eine ureigene Kompetenz der Kantone? Geäussert hat Res Schmid (SVP) seine Idee gegenüber CH Media schon früher, jetzt hat sie der Nidwaldner Bildungsdirektor in einen konkreten Antrag zuhanden der Konferenz der Erziehungsdirektoren gegossen, abgesegnet von der Nidwaldner Gesamtregierung: Eine zweite Landessprache wird schweizweit ab der 5. Klasse unterrichtet, mit Eng-



Nidwalden macht im Sprachenstreit einen Kompromissvorschlag.

Bild: Keystone

lisch wird ab der Oberstufe gestartet.

Die Sprachenstrategie 2004 hält Schmid für gescheitert. Mit dem Slogan «Kohäsion stärken, Erosion stoppen!» möchte der dienstälteste Bildungsdirektor zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens stärken die Kantone die Mehrsprachigkeit der Schweiz, der Schmid staats-

politisch und kulturell einen vitalen Stellenwert zumisst. Zweitens werden Lektionen freigespielt, die zugunsten der Erstsprache und für Mathematik eingesetzt werden können. Handlungsbedarf lässt sich kaum abstreiten. Die Tendenz in den Pisa-Studien zeigt nach unten. Auch aus pädagogischer Sicht gibt es Argumente, den

Fremdsprachenunterricht nach hinten zu verlegen. Zahlreiche Studien zeigen, dass Kinder, die später eine Fremdsprache lernen, die Frühstarter schnell einholen.

Wie reagiert Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider auf die Nidwaldner Idee? Sie äussert sich nicht zu Vorschlägen, die im Rahmen der EDK diskutiert würden, sagt ihr Medienchef Christoph Lenz. Seine Stellungnahme lässt aber durchblicken, dass Schmid bei ihr offene Türen einrennt: «Zentral ist für Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, dass der Unterricht der zweiten Landessprache weiterhin auf der Primarstufe beginnt.»

EDK-Präsident begrüsst den Vorschlag

Ende Oktober findet in Luzern die Plenarversammlung der EDK statt. Präsident Christophe Darbellay glaubt nicht, dass sie bereits dann über Schmid's Antrag befinden wird. Die Kantone benötigen Zeit, um das aktuelle System zu evaluieren und andere Modelle zu prüfen. Es sei nicht sicher, dass man ein besse-

res finde. Dennoch begrüsst der Walliser Regierungsrat Schmid's Vorpreschen: «Er schlägt einen pragmatischen Kompromiss bei einem sehr sensiblen Thema vor, einen Mittelweg zwischen dem Status quo und der Aufgabe einer Landessprache an der Primarschule.» Darbellay sagt aber auch, dass der Kanton Wallis und die übrigen Westschweizer Kantone das aktuelle Modell bevorzugten.

Im Juni 2026 tritt Res Schmid nach vier Legislaturen als Regierungsrat ab. Ob die EDK bis dann über seinen Antrag entschieden haben wird, bleibt offen. Sicher ist, dass Schmid mit dem Kompromiss einen Sprachenbefehl aus dem Bundeshaus abwenden will. Und er regt eine weitere Neuerung an: Studierende der Pädagogischen Hochschulen sollen verpflichtet werden, auch das Fach Französisch zu belegen. Eine Umfrage bei mehreren Pädagogischen Hochschulen offenbart, dass dies tendenziell immer weniger angehende Lehrerinnen und Lehrer tun – und dass Englisch viel beliebter ist.

ANZEIGE

«Viel zu steif in